

Antrag

Hannover, den 04.09.2018

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Imam-Weiterbildung an der Uni Osnabrück erhalten - nachhaltige Lösungen finden

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Ende September wird das Imam-Weiterbildungsprogramm an der Universität Osnabrück nach acht Jahren auslaufen. Das Programm war in seiner Form bundesweit einzigartig und galt als ein Vorzeigeprojekt. Es hatte das Ziel, eine Qualifizierung für Imame zu bieten. Das Curriculum der berufsbegleitenden, zweisemestrigen Fortbildung beinhaltete Aspekte wie Extremismusprävention, Seelsorge, rechtliche und kulturelle Strukturen in Deutschland sowie Predigtlehre. Der Kernaspekt war ein besseres Verständnis der deutschen Gesellschaft. Ungefähr 150 Männer und Frauen (Imame und Seelsorgerinnen) durchliefen das Programm und lieferten damit einen Beleg für dessen Erfolg und Relevanz. Unter der vorigen, durch SPD und GRÜNE getragenen Landesregierung erhielt das Programm Mittel in Höhe von ca. 1,4 Millionen Euro pro Jahr. Die aktuelle Landesregierung hingegen ist nicht bereit, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen und beendet damit ein Vorzeigeprojekt, zu dem es bundesweit keine gleichwertige Alternative gibt. Niedersachsen gibt damit seine Vorbildfunktion in diesem Bereich auf.

Die Landesregierung lässt ein Bewusstsein für die integrationspolitische Bedeutung einer solchen Ausbildung vollständig vermissen. Die erfolgreiche Arbeit der Imame ist maßgeblich von einem Programm wie dem nun eingestellten abhängig. Gerade junge Menschen islamischen Glaubens erwarten, dass sich der Imam mit den Strukturen in Deutschland gut auskennt. Das erzeugt ein Zugehörigkeitsgefühl und festigt den Zusammenhalt der niedersächsischen Gesellschaft insgesamt. Um zu erreichen, dass sich Muslime in Niedersachsen zu Hause fühlen und angemessen repräsentiert und verstanden fühlen, braucht es Programme wie das nun auslaufende sowie eine stabile Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit zwischen Staat und Verbänden.

Um zu garantieren, dass die Inhalte einer Imam-Ausbildung auch der Idee einer erfolgreichen Integration entsprechen, ist es erforderlich, dass das Land eingebunden bleibt. Die Option eines Seminars in freier Trägerschaft würde diesem Anspruch nicht gerecht.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Aufrechterhaltung und Finanzierung der Imam-Weiterbildung an der Universität Osnabrück dauerhaft zu gewährleisten;
2. mit den islamischen Verbänden das Gespräch über die mittelfristige Schaffung einer eigenständigen und unabhängigen Imam-Ausbildung in Niedersachsen sowie Lösungen für die Finanzierung der Ausbildung und der Nachbeschäftigung zu suchen, sodass eine echte Berufsperspektive für Imame in Niedersachsen geschaffen werden kann;
3. Idee und Inhalte der Imam-Weiterbildung auch in anderen Bundesländern zu bewerben und auf die Bedeutung solcher Projekte aufmerksam zu machen.

Begründung

Das bestehende Programm an der Universität Osnabrück nimmt durch sein Curriculum und die damit verbundene Einmaligkeit eine bundesweite Vorbildfunktion ein. Dieses Programm nun ohne eine entsprechende Alternative auslaufen zu lassen, schadet dem Bildungsstandort Niedersachsen sowie dem Zugehörigkeitsgefühl der hier lebenden Menschen islamischen Glaubens. Des Weiteren ist ein solches Programm notwendig, damit Imame mehr über deutsche Strukturen lernen können und damit auch besser ihrer Aufgabe in den Gemeinden nachkommen können. Gut ausgebildete

Imame sind besonders für junge Muslime relevant. Diese sind hier geboren und erwarten daher, dass die zuständigen Imame mit den hiesigen Strukturen vertraut sind.

Anja Piel
Fraktionsvorsitzende

(Verteilt am 05.09.2018)